

EU: Eure Armut kotzt uns an

Die Europäische Union hat diese Woche ein neues Programm zur Flüchtlingsbekämpfung bekannt gegeben. Laut Titel legt es die "Zusammenarbeit mit Drittländern in den Bereichen Migration und Asyl" für den Zeitraum 2007 bis 2013 fest. Das Programm ziele darauf ab, "Drittländer in ihren Bemühungen um eine bessere Steuerung der Migrationsströme in allen Bereichen zu unterstützen". Schwerpunkte seien dabei die Länder "entlang der südlichen und östlichen Migrationsrouten Richtung Europäische Union".

Es gehört wenig Fantasie dazu, sich auszumalen, wofür das Budget von 380 Millionen Euro verwendet werden wird. "Thematisch", so das mit Euphemismen gespickte Strategiepapier, habe man vor allem "eine gut organisierte Steuerung der Arbeitsmigration" sowie die "Bekämpfung der illegalen Einwanderung und Erleichterung der Rückübernahme illegaler Einwanderer" zum Ziel. Das Papier stellt ferner klar: "Über dieses Programm werden keine Maßnahmen finanziert, die sich mit den eigentlichen Ursachen der Migration befassen." Auch für humanitäre Maßnahmen würden aus dem Budget keine Mittel zur Verfügung gestellt.

Für den südlichen Mittelmeerraum konstatiert das Programm, der Maghreb, einschließlich Libyens, bleibe zwar eine wichtige Herkunftsregion von MigrantInnen, werde aber auch unter dem Transitaspekt von immer größerer Bedeutung. Dass auf die Maghrebländer immer mehr Druck ausgeübt wird, um sich als Exekutoren der EU-Abschottungspolitik zu betätigen, ist bekannt. Das neue Programm fordert nun besondere Aufmerksamkeit in puncto der "gemischten Ströme", in denen die wenigen Asylsuchenden aus dem Gros der "Wirtschaftsmigranten" zu filtern seien. Neben einiger Kritik an der mangelhaften bis fehlenden Einwanderungspolitik der Drittstaaten des Südens hebt das Papier die praktizierte "Überweisung der Migranten in ihre Herkunftsländer" positiv hervor.

Um die Grenzen weiter abzudichten, werden die in dieser Region verwendeten 70 Millionen Euro zum Aufbau verschiedener Instanzen verwendet, mit denen die EU die Arbeit der betreffenden Länder überwachen kann. In dem Strategiepapier nennt sich das dann "Förderung des Dialogs", Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten und Fachkenntnissen, sowie "Anregung der konkreten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit", insbesondere "im Hinblick auf die Bekämpfung von illegaler Einwanderung (was die Zurückweisung einschließt)".

Im Osten stellt sich die Lage ganz ähnlich dar. Osteuropa sei eine der größten Auswanderungsregionen und einer der wichtigsten Knotenpunkte für internationale Migrationsbewegungen und Menschenhandel. Was die Abschottung der EU-Grenzen betrifft kommt dabei laut dem Papier vor allem den Drittländern Russland, Ukraine, Moldawien und Belarus ein Frontstaatenstatus zu. Auch hier insistiert die EU insbesondere darauf, ein eindeutiges Grenzregime ("Entwicklung nationaler Migrationsbestimmungen") zu institutionalisieren, dass mit technischer Hilfe der EU dann auch umgesetzt werden soll.

Gegen Genmais

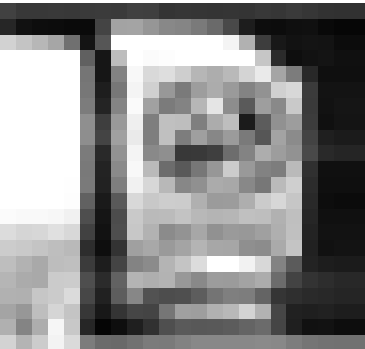
"Protect Europe from GM risks!" Mit dieser Forderung wandten sich AktivistInnen von Greenpeace am Donnerstag an die in Luxemburg versammelten EU-Umweltminister. Um ihr Anliegen zu verdeutlichen, hatten sie einen Käfig vor den Tagungsort des Umweltministerrats auf Kirchberg gestellt. Den beiden "Insassen", so die Symbolik, blieben die langfristigen Folgen des Profits verborgen, der sich beispielsweise mit genmanipuliertem Mais erzielen lasse. Vor allem der von Monsanto hergestellte und in Europa vertriebene Mais "MON863" steht in der Kritik von Greenpeace. Die NGO verweist auf die Dürrtigkeit der toxikologischen Studie, mit der Monsanto die Zulassung von MON863 in der EU erwirkt hat. Während Monsanto toxische Spuren als "ohne biologische Bedeutung" klassifiziert habe, ergab eine Studie des französischen Comité de recherche et d'information indépendantes sur le génie génétique bei entsprechenden Tierversuchen Anzeichen für Leber- und Nierenschäden. Die Studie hatte eine Überprüfung des Urteils durch die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA, die MON863 seinerzeit als unbedenklich eingestuft hatte, zur Folge. Wie von Greenpeace erwartet, bestätigte die Behörde jedoch am Donnerstag ihre vorausgegangene Einschätzung. Greenpeace-Sprecherin Anne Thomas sagte im Gespräch mit der woxx, man hoffe, mit der Aktion wenigstens eine Diskussion unter den Umweltministern anzustoßen: "Die schlechte Evaluierung der Risiken, die mit Genpflanzen verbunden sind, ist fahrlässig und zudem intransparent."

VOGELGRIPPE

Patentlösungen gibt es nicht

Weltweit häuft sich wieder die Zahl der Ausbrüche des hochpathogenen Virusstrangs H5N1.

(tofu) - Der amerikanische Soziologe Mike Davis hatte es vor-
ausgesehen: "Just als die meisten von uns dachten, man könne wieder gefahrlos baden gehen (oder wenigstens Huhn und Truthahn essen), reckt H5N1 seine Rückenflosse empor und erinnert uns daran, dass es mit der menschlichen Rasse noch nicht fertig ist." Davis predigt seit Jahren, dass die Anhäufung von antiviralen Medikamenten in westlichen Industrienationen die falsche Strategie ist. Vielmehr gelte es, auf die gefürchtete Übertragung der Vogelgrippe von Mensch zu Mensch in den Regionen Asiens und Afrikas vorbereitet zu sein, in denen das Virus endemisch ist. Bislang geht das Virus nur vom Tier auf den Menschen über, kann jedoch nicht von diesem auf andere Menschen übertragen werden. Sollte dies einmal möglich werden, droht die Gefahr einer Pandemie.



In China müssen Vögel auf den öffentlichen Transport verzichten. (Foto: Stanley Hsu/ Flickr)

"Eine Pandemie existiert bereits unter Wildvögeln und Zuchtgeflügel", schrieb Davis Anfang Februar in der britischen Tageszeitung "Guardian", "und im Winter 2005-06 haben wir eine erschreckende Demonstration seiner Ausbreitungsmöglichkeiten bekommen, als es kreuz und quer in Westasien, Europa und Afrika zu Ausbrüchen kam." Ein ähnliches Szenario spielt sich dieser Tage ab. Denn nicht nur in Leipzig und Nürnberg stellte man das hochpathogene

H5N1-Virus bei Vögeln fest, auch in Togo, Wales, England und Vietnam trat die Vogelgrippe in den vergangenen Wochen erneut auf.

Weltweit führte das Virus bislang zur Infektion von 313 Menschen und tötete 191 von ihnen. Während Luxemburg bis dato nicht betroffen ist, weiß man beispielsweise in Vietnam, dass das Virus dort nie ganz verschwunden ist. Heute tangiert es 18 der insgesamt 64 vietnamesischen Provinzen und Städte. Vor allem Enten und andere Wasservögel sind betroffen, aber auch fünf Menschen wurden infiziert. Zwei von ihnen sind mittlerweile gestorben.

Dennoch: Bislang ist die Vogelgrippe in erster Linie für Vogelarten eine Gefahr, nur bei engem Kontakt mit infizierten Tieren kann das Virus in seltenen Fällen auf den Menschen überspringen. Eine Berichterstattung, die anderes suggeriert, spekuliert schlagzeilenträchtig mit der Angst.

Die Vorbereitung auf eine eventuelle Mensch-zu-Mensch-Übertragung darf sich jedoch nicht auf die Ausarbeitung eines nationalen Notfallplans erstrecken, wie ihn Luxemburg im Juli 2006 ausgearbeitet hat. "Die potenziellen Beschleuniger einer Seuche sind die riesigen Slums in Asien und Afrika", warnt Mike Davis. Doch kümmerten sich die Industrienationen bislang vor allem um die Aufstockung

der eigenen Vorräte und stünden bei den Pharmaunternehmen Schlange, die über Patente für entsprechende antivirale Medikamente verfügen. Die finanziell überforderten Entwicklungsländer schauten in die Röhre.

Ein weiteres Problem, auf das Davis aufmerksam macht, ist die fehlende Flächendeckung des globalen Frühwarnsystems. Vor allem in der Sub-Sahara-Region Afrikas könne ein Ausbruch lange Zeit unbemerkt bleiben, denn eine entsprechende Überwachung sei dort quasi nicht existent. Davis kritisiert auch den mangelnden internationalen Druck auf Länder wie Indonesien, das sich in der Vergangenheit geweigert habe, infizierte Vögel zu keulen und erkrankte Menschen zu isolieren.

Am 14. Juni hat die WHO nun angekündigt, gemeinsam mit den über ein entsprechendes Patent verfügenden Unternehmen einen "globalen Vorrat" antiviraler Medikamente anlegen zu wollen, um im Falle einer H5N1-Pandemie beim Menschen schnell reagieren zu können. Doch diese Vorräte müssen regelmäßig erneuert werden, außerdem sind sie gegen andere Stränge des Virus, wie das jüngst in England und Wales aufgetretene H7N2, schlichtweg wirkungslos.

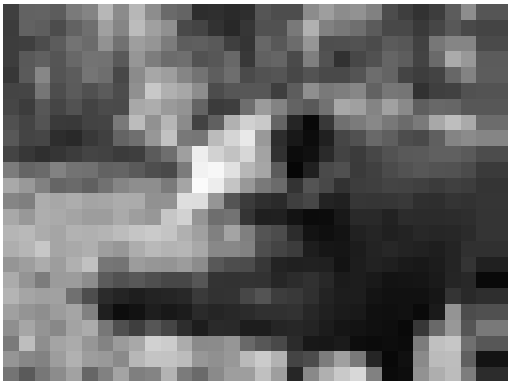
Im Oktober 2005 hatte der damalige UNO-Generalsekretär Annan angekündigt, man werde im Falle einer Pandemie "alle Patente für Medikamente, die die Erkrankung betreffen, außer Kraft setzen", so dass auch andere Unternehmen sich an der Produktion beteiligen können. Doch dafür dürfte es dann allemal zu spät sein.

JAGDDEBATTE

Viel getrieben, wenig geschossen

Nach Abschluss der Chamberdebatte zur Jagd bleibt unklar, wie tiefgreifend die Reform ausfallen wird.

(RK) - Die politische Meinungsbildung folgt oft verschlungenen Pfaden. Beispiel: die Orientierungsdebatte zur Jagd am 21. Juni in der Chamber. Vor fünf Jahren hatte die grüne Fraktion im Alleingang eine Reform des Jagdgesetzes gefordert. Und nun stimmte sie als einzige Fraktion gegen die Motion, die den Minister mit ebendieser Reform beauftragt. Hieran erkennt man erst einmal, dass die jahrelange Sensibilisierungsarbeit von Anti-Jagd-Organisationen, von gemäßigeren Akteuren wie Grüne und Ökojäger sowie von Naturschutz-NGOs Früchte getragen hat. Darüber, dass das Jagdgesetz stark reformbedürftig sei, wurden sich schließlich sämtliche in der Chamber vertretenen Parteien einig - am Ende teilte sogar die Jagdföderation diese Meinung.



Wildschweine: Kirren oder füttern? (Foto: Déi Gréng)

Doch es war nicht der Übermut angesichts dieses unbestreitbaren Erfolgs, der die Grünen gegen die Motion stimmen ließ, sondern der Zorn über das, was die Partei als "undemokratischen Hinterrhalt der CSV-LSAP zugunsten der Jagdlobby" bezeichnete. Eine Woche vor der Debatte wurde der Chamberkommission kurzfristig ein

Abschlussbericht vorgelegt, der den Grünen zu jagdfreundlich schien.

Stein des Anstoßes war ein juristisches Gutachten zum Konflikt zwischen Jagd- und Eigentumsrecht. Derzeit werden Grundstückseigentümer automatisch in die Jagdsyndikate eingliedert und müssen ihr Eigentum für Jagdzwecke zur Verfügung stellen. In ein paar Aufsehen erregenden Fällen waren EigentümerInnen im Namen des Grund- und Menschenrechtes auf Eigentum hiergegen vorgegangen. Zwar sind nicht alle Verfahren abgeschlossen, doch vermutlich ist das geltende Jagdgesetz mit diesem Menschenrecht nicht vereinbar. Ein Teil der JagdkritikerInnen plädiert dafür, es künftig allen GrundstückseigentümerInnen freizustellen, ob sie eine Ausübung der Jagd gestatten wollen oder nicht. Besagtes Gutachten dagegen schlägt vor, die Jagd als "activité d'intérêt générale" einzustufen, und so das Eigentumsrecht außer Kraft zu setzen. Das letzte Wort wird, in diesem Punkt wie in den anderen, wohl Umweltminister Lucien Lux haben.

Zu Recht bemängeln die Grünen, dass dieses Gutachten ohne weitere Diskussion von der Chamberkommission übernommen wurde. Allerdings könnte sich eine solche Einstufung der Jagd als "d'intérêt général"

als zweischneidiges Schwert für die Jägerschaft erweisen. Künftig könnte dann nämlich die gesamte Praxis der Hobbyjagd nach diesem Kriterium hinterfragt werden - mit unabsehbaren Folgen.

Auch in der Frage der Fütterung scheint die Jagdföderation einen Erfolg verbuchen zu können. Statt wie von KritikerInnen gefordert jedes Ausbringen von Nahrung im Wald zu verbieten, schlägt die Kommission als "Kompromiss" vor, das Kirren - die Lockfütterung zwecks Bejagung - in "streng reglementierter Form" weiterhin zu erlauben. Allerdings könnte der bereits absehbare Missbrauch der Kirr-Regelung durch die Jägerschaft auch dieses Zugeständnis zunichte machen.

Die Grünen ihrerseits haben ihre Ablehnung der Treibjagd abgeschwächt - womit sie sich keine Freunde auf Seiten der radikalen TierschützerInnen gemacht haben. Zur Reduzierung der jetzigen, übertrieben hohen Wildbestände sei diese Jagdform unabdingbar, auch wenn sie grundsätzlich aus Tierschutzgründen abzulehnen sei, so die Grünen.

Der Umweltminister muss nun entscheiden, ob er versuchen will, schnell ein Gesetzesprojekt vorzulegen - schließlich sind bereits 2009 Wahlen. Fürchtet Lux eine Diskussion über die Jagd im Vorfeld der Wahlen, so kann er versuchen, auf Zeit zu spielen - und riskiert damit erst recht, die Jagd zum Wahlkampfthema zu machen.